

Horst Weishaupt



DIPF

Bildungsforschung
und Bildungsinformation

Anforderungen an die Entwicklung eines kommunalen Bildungsmonitorings

Vortrag im Rahmen der INBAS-Fortbildungsveranstaltung
„Bildung für alle?! Grundlagen, Ansätze und Möglichkeiten eines
kommunalen Bildungsmonitoring“ am 21. April 2017 in Frankfurt

Gliederung

- 1 Konzeptionelle Grundlagen des Bildungsmonitorings
- 2 Steuerung der Bildungsentwicklung in den Kommunen:
Bildungsmanagement
- 3 Herausforderungen für ein kommunales Bildungsmonitoring:
demografischer Wandel und Chancengerechtigkeit
- 4 Datenangebot für das kommunale Bildungsmonitoring

1 Konzeptionelle Grundlagen des Bildungsmonitorings



Schon lange werden auch gesellschaftliche Prozesse beobachtet. Dafür wurde ein umfangreiches System statistischer Erhebungen aufgebaut. Insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung findet schon lange große Aufmerksamkeit.

Seit mehreren Jahrzehnten wird kritisiert, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung nur unzureichend über wirtschaftliche Indikatoren abbilden lässt und die Wohlfahrt der Bevölkerung vor allem durch die Wohnbedingungen, Bildungsmöglichkeiten, das Gesundheitswesen, die Verkehrsinfrastruktur usw. beeinflusst wird (über Sozialindikatoren zu erfassen).

Statistischen Daten wurden um repräsentative Umfragedaten ergänzt, die möglichst umfassend die Lebensbedingungen der Bevölkerung in allen zentralen Lebensbereichen erfassen.

Formen des Bildungsmonitorings

In allen Politikfeldern ist Monitoring eine Verfahren der datengestützten Rechenschaftslegung

Traditionell: Berichterstattung als eine Form wissenschaftlicher Politikberatung. Berichte sind seit vier Jahrzehnten (seit 1963) – mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - in der Bundesrepublik auch im Rahmen der Sozialberichterstattung in Form von Familien- und Jugendberichten etabliert. Inzwischen wird die **Berichterstattung im Bereich der Gesellschaftspolitik** ergänzt um Alten- und Armutsberichte, Integrationsberichte etc., die ebenfalls ressortübergreifende gesellschaftliche Themen aufgreifen, aber **von Ministerien – auf der Grundlage von Expertisen etc. –** erstellt werden.

Formen der Berichterstattung

- Dazu kann auch der jährliche **Berufsbildungsbericht** gezählt werden. Er überprüft die Umsetzung des Rechts auf einen Ausbildungsplatz, der allen Ausbildungsplatzbewerbern zur Verfügung stehen sollte.
-
- § 86 Abs. 1 Berufsbildungsreformgesetz lautet: „Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat Entwicklungen in der beruflichen Bildung ständig zu beobachten und darüber bis zum 1. April jeden Jahres der Bundesregierung einen Bericht (Berufsbildungsbericht) vorzulegen. In dem Bericht sind Stand und voraussichtliche Weiterentwicklungen der Berufsbildung darzustellen. Erscheint die Sicherung eines regional und sektoral ausgewogenen Angebots an Ausbildungsplätzen als gefährdet, sollen in den Bericht Vorschläge für die Behebung aufgenommen werden.“

Internationale Entwicklungen



DIPF

Bildungsforschung
und Bildungsinformation

- Vorreiter OECD mit dem Programm INES (Indicators of Education Systems; seit 1992 Education at a Glance) und die USA (The Condition of Education, seit 1989).
- OECD Vorbild für den deutschen Bildungsbericht
- USA orientiert an „issues“ - Schweiz an drei „Qualitätsmaßstäben“ (effektiv, effizient, gerecht)
- Teilweise qualitative Berichte (z. B. UNESCO)
- EU: Beeinflussung der bildungspolitischen Entwicklung über Benchmarks

Umsetzung der Dimensionen eines Monitorings im Nationalen Bildungsbericht

- **Kontextebene:** Demografie, Wirtschaft und öffentliche Finanzen, Familienstruktur
- **Inputebene:** Bildungsausgaben, Personalressourcen, Bildungsangebote/Bildungseinrichtungen, Bildungsbeteiligung/Bildungsteilnehmer,
- **Prozessebene:** Umgang mit Bildungszeit, Übergänge, Qualitätssicherung/Evaluierung
- **Wirkungsebene:** Kompetenzen, Abschlüsse, Bildungserträge

- **Bisher überwiegend objektive und kaum subjektive Indikatoren**

Einheitliche bildungspolitische Zielsetzung des Bildungsmonitorings auf allen politischen Ebenen:

Leistungsfähigkeit – Chancengleichheit - Effizienz

individuelle Regulationsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sowie Sicherung der Humanressourcen für die Gesellschaft

Qualitätssicherung (als Teil eines Monitorings)

Steuerungsrelevanz

Evidenzbasierte Konzepte der Qualitätsverbesserung des Bildungswesens

2 Steuerung der Bildungsentwicklung in den Kommunen: Bildungsmanagement



Bildungsmonitoring hat die Aufgabe einer kontinuierlichen, datengestützten Information der lokalen Bildungspolitik und Öffentlichkeit über

- Rahmenbedingungen
- Verlaufsmerkmale
- Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen

in der Region unter Berücksichtigung kleinräumiger Entwicklungen und der Situation einzelner Institutionen.

Wichtig ist eine bildungsbereichsübergreifende Perspektive, um umfassend die Daseinsvorsorge (Wohlfahrt) der Bevölkerung bezogen auf Bildungsmöglichkeiten zu erfassen.

Zur kommunalen Ausgangslage



DIPF

Bildungsforschung
und Bildungsinformation

„Die Gestaltung von Bildungsangeboten ist eine kommunale Daueraufgabe, die mittel- und langfristig gesehen eine Investition in die Zukunft darstellt. Komplexe Themen, die eine langfristige Einbindung vieler Akteure verlangen, benötigen strategische Steuerung.

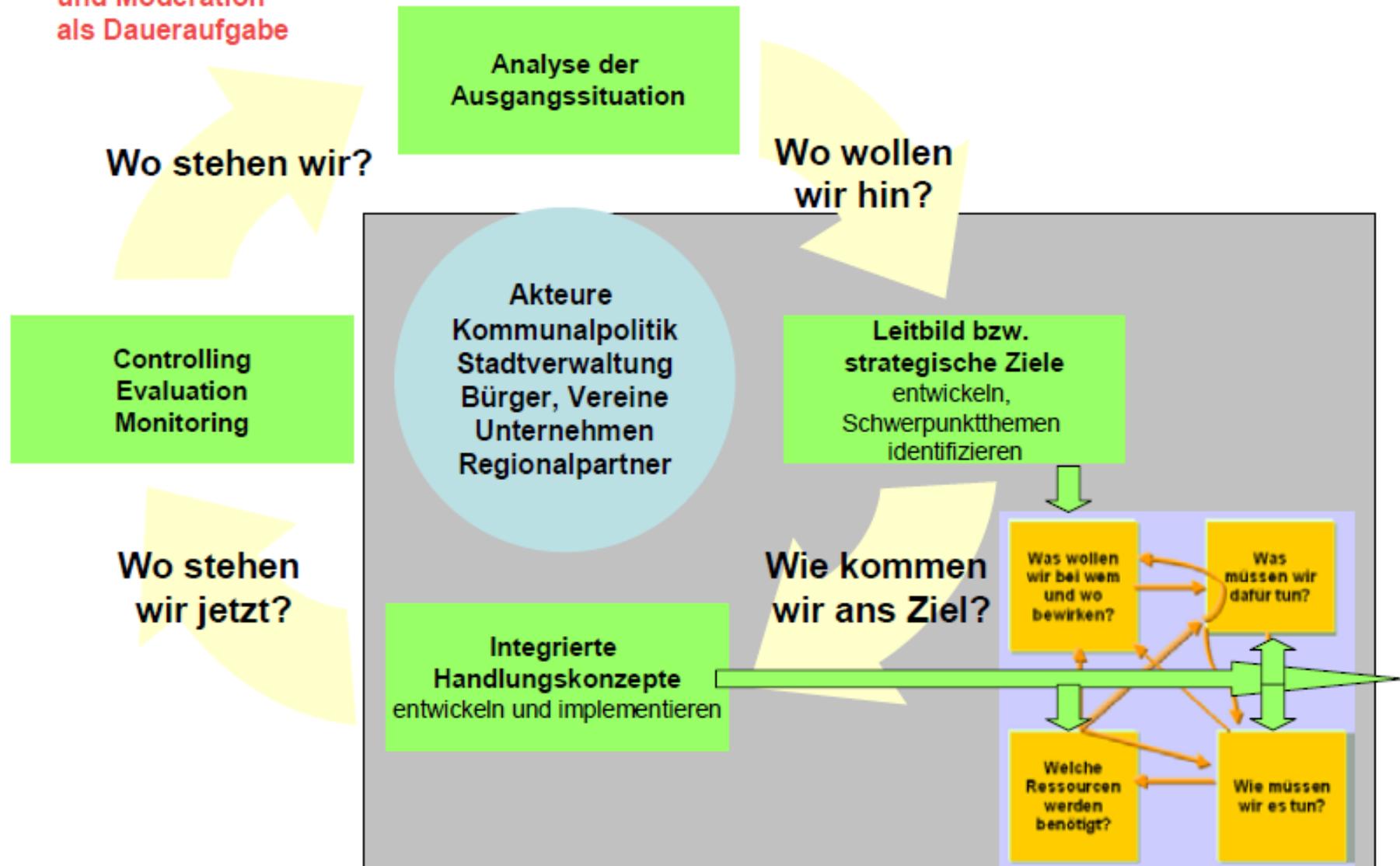
Strategische Steuerung beginnt im Steuerungskreislauf immer mit der Analyse der Ausgangssituation, daran schließen sich an:

- Definition von Zielen und strategischen Handlungsfeldern,
- Maßnahmenplanung und Durchführung,
- Controlling und Evaluation

Unter Einbezug der Akteure vor Ort (Stakeholder) und auf der Basis eines Monitorings.“ (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement)

Der strategische Prozess

Transparenz,
Kommunikation
und Moderation
als Daueraufgabe



Besondere Rahmenbedingungen eines kommunalen Bildungsmonitorings

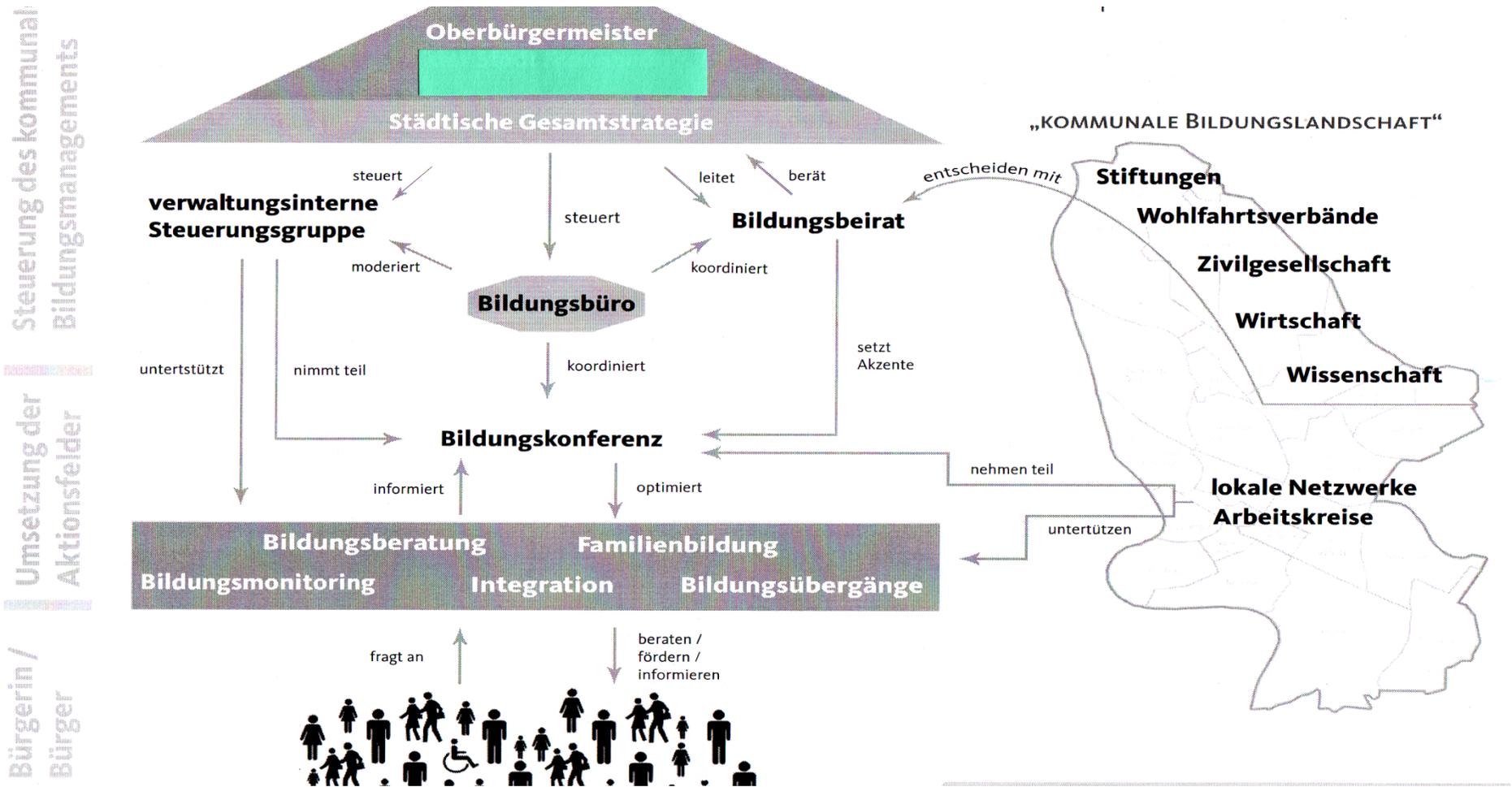


Kommunales Bildungsmonitoring setzt weitreichende Abstimmungsprozesse voraus, um steuerungswirksam zu werden:

- Kooperation innerhalb der kommunalen Ämter und zwischen Kommune und Land.
- Kooperation zwischen privaten Trägern bzw. zwischen öffentlichen und privaten Trägern.
- Einbeziehung privater Initiativen etc.
- Verbindliche Koordinationsstrukturen (Netzwerke sind nur ein Zwischenschritt)

Verbindung von kommunalem Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement

Verwaltungsübergreifende Koordination der Bildungsaufgaben



Mehrebenenstruktur der rechtlichen und politischen Verantwortung



DIPF

Bildungsforschung
und Bildungsinformation

1. Auf kommunaler Ebene gibt es häufig geteilte Zuständigkeiten im Bildungsbereich zwischen Gemeinden/Gemeindeverbänden und den Kreisen
2. Nicht immer unproblematisch ist die Einbindung der Schulaufsicht in die kommunalen Strategien der Bildungsentwicklung
3. Es existieren zwischen den Ländern große Unterschiede in der nach Bildungsbereichen sowieso unterschiedlichen Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung zwischen Land und Kommunen
4. Das Bildungsmonitoring muss strategisch exponiert in den Kommunalverwaltungen angesiedelt sein, um ihr Ziel zu erreichen:

Daten für Taten

3 Herausforderungen für ein kommunales Bildungsmonitoring: demografischer Wandel und Chancengerechtigkeit

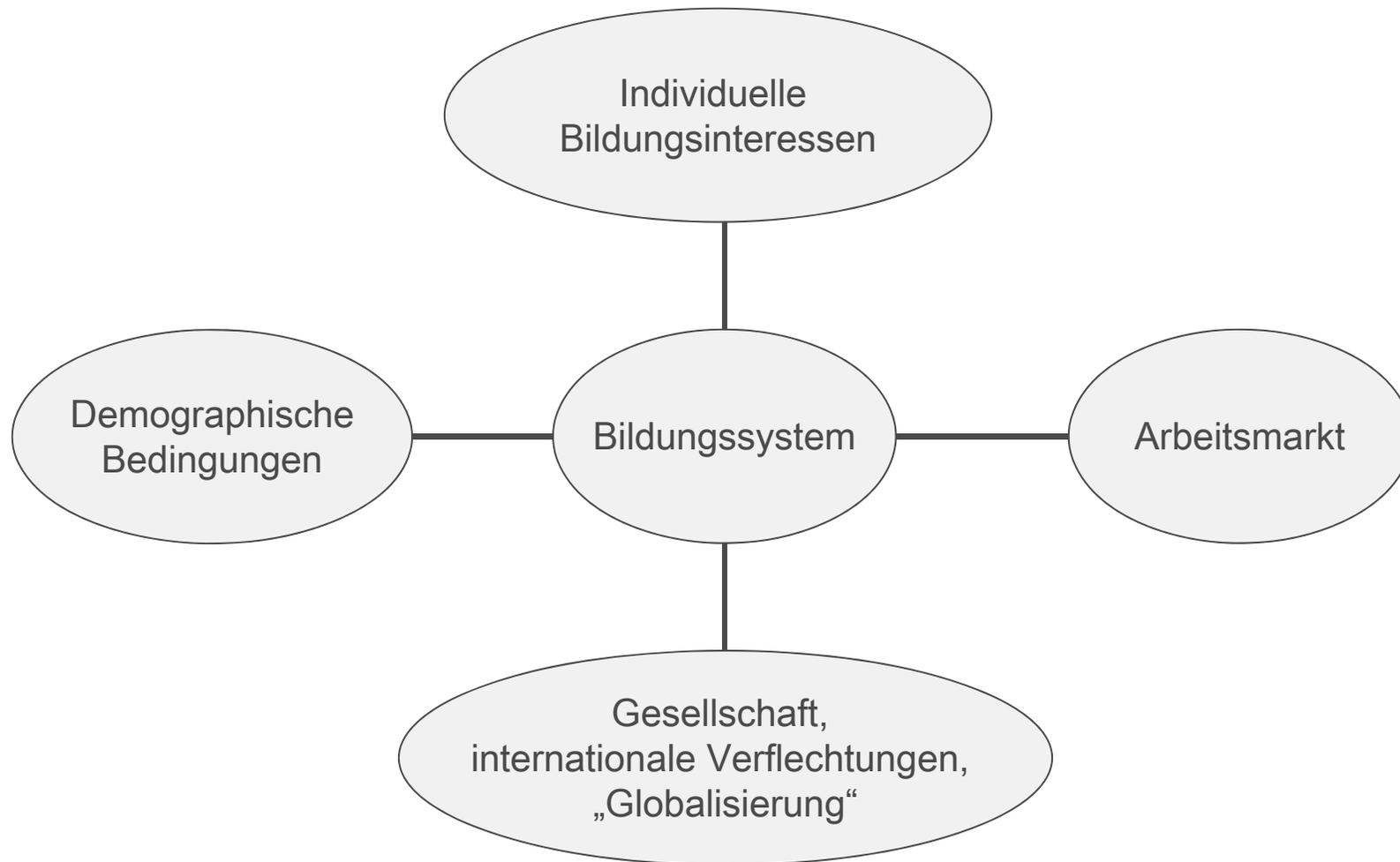
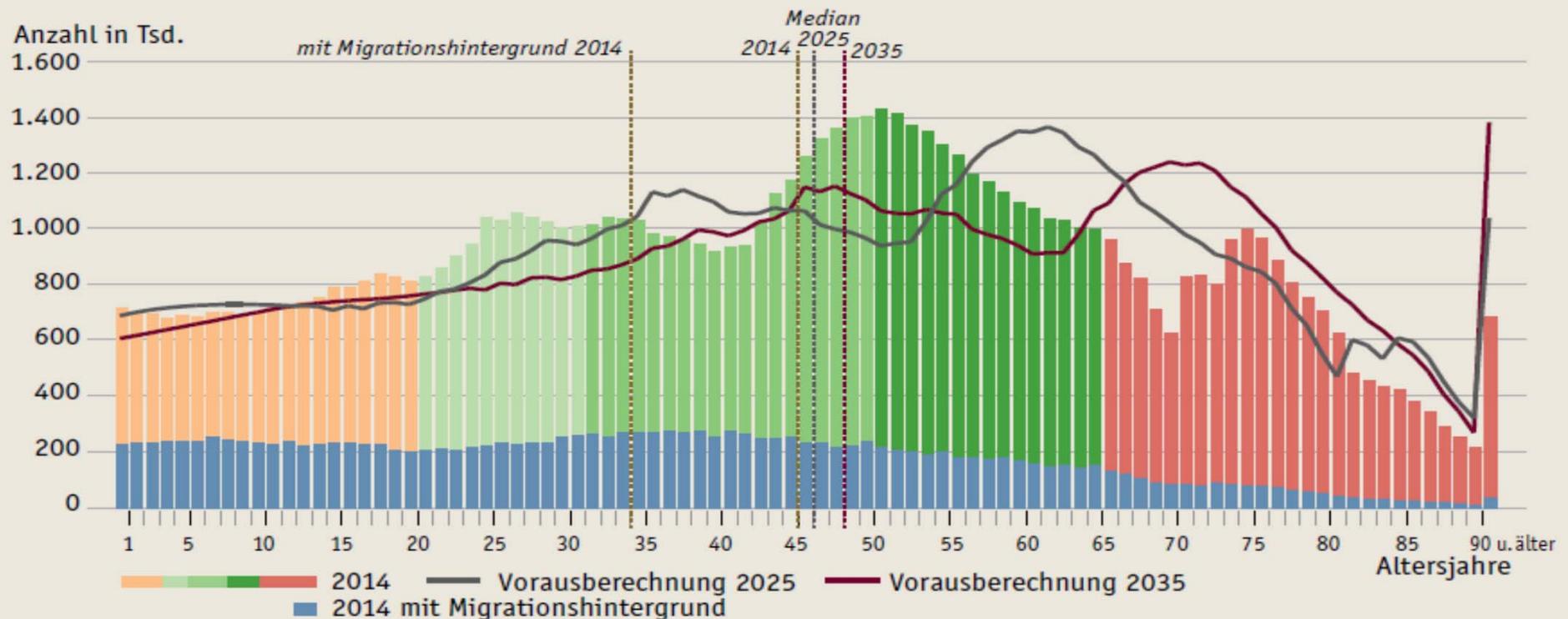
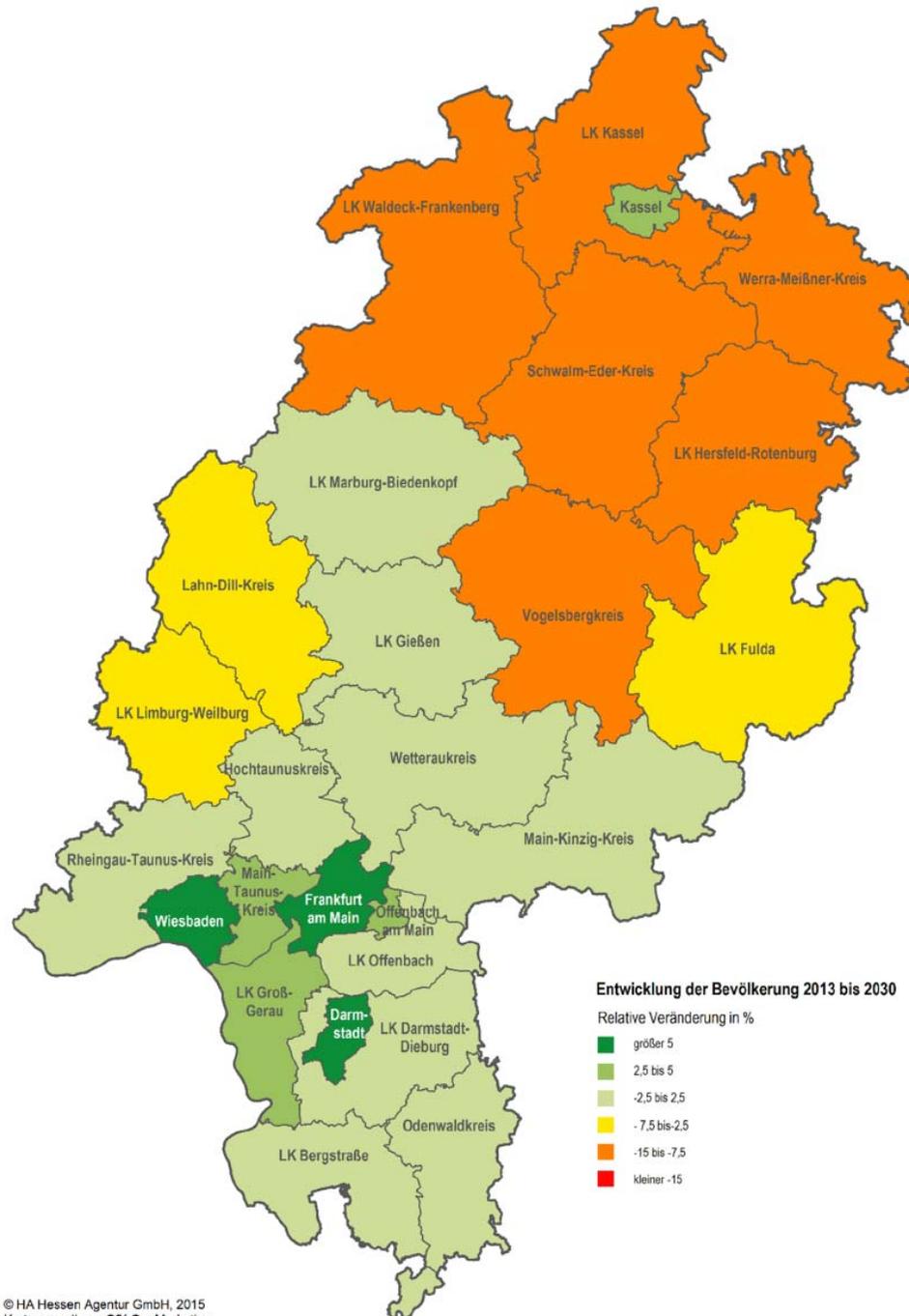


Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur Deutschlands 2014 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2025 und 2035 nach Altersjahren (Anzahl)



Lesebeispiel: Im Jahr 2014 haben von den 1.006.078 30-Jährigen rund 260.000 einen Migrationshintergrund. Diese 30-Jährigen werden im Jahr 2025 (schwarze Linie) 41 Jahre alt sein und 10 Jahre später, im Jahr 2035 (rote Linie), das 51. Lebensjahr erreicht haben. Die geringe Sterblichkeit in dieser Zeitspanne wird im Wesentlichen durch Zuwanderung ausgeglichen, sodass die Anzahl der Personen mit rund einer Million relativ konstant bleibt. Für 2014 liegt das Medianalter der Bevölkerung bei 45 Jahren; das heißt, dass 50 % der Bevölkerung 45 Jahre und älter sind. Dieser Durchschnitt wird in den kommenden Jahren voraussichtlich steigen: im Jahr 2025 würde er bei 46 Jahren, 2035 bei 48 Jahren liegen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2014, Mikrozensus 2014, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung^M

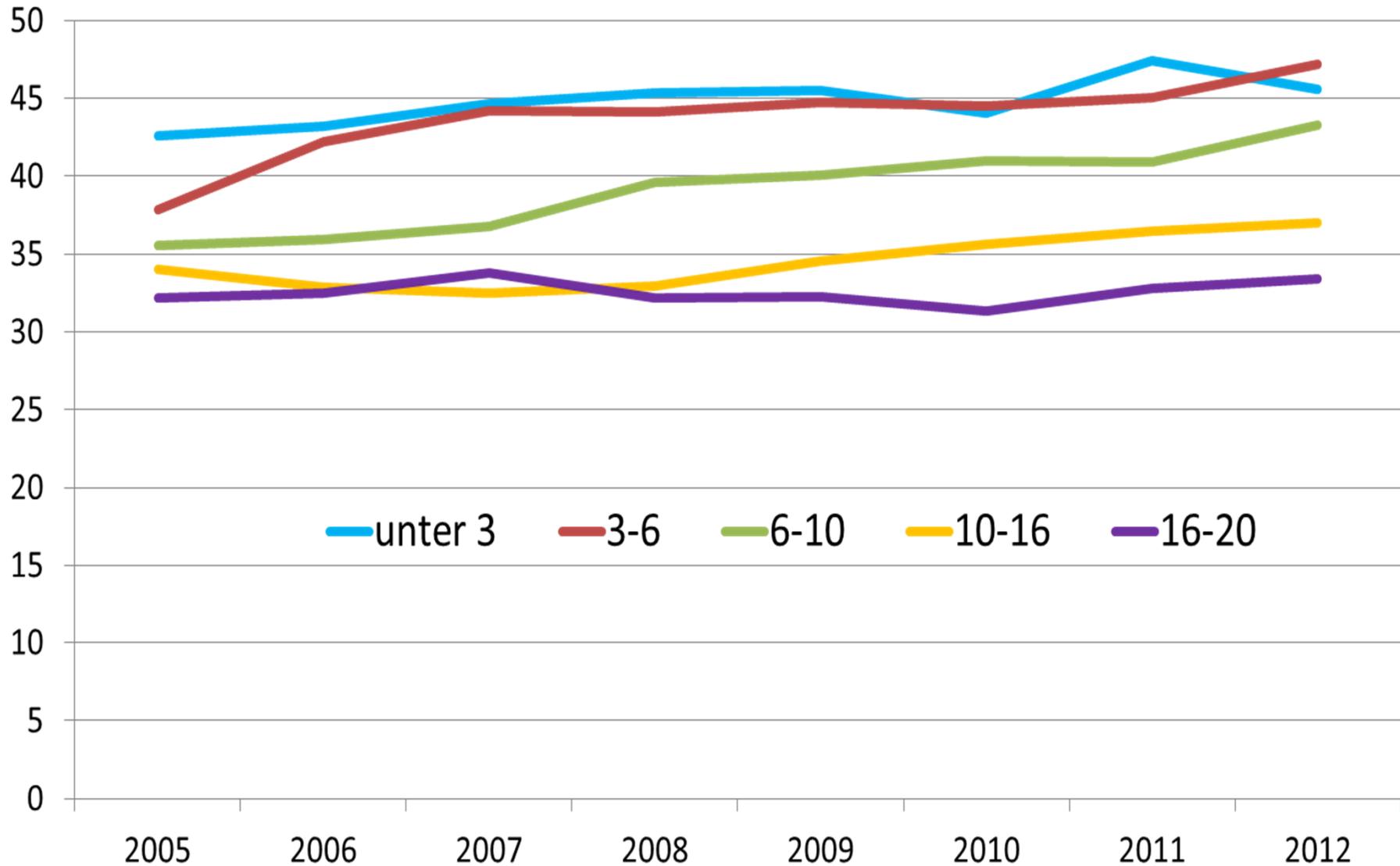


© HA Hessen Agentur GmbH, 2015
Kartengrundlage: GfK GeoMarketing

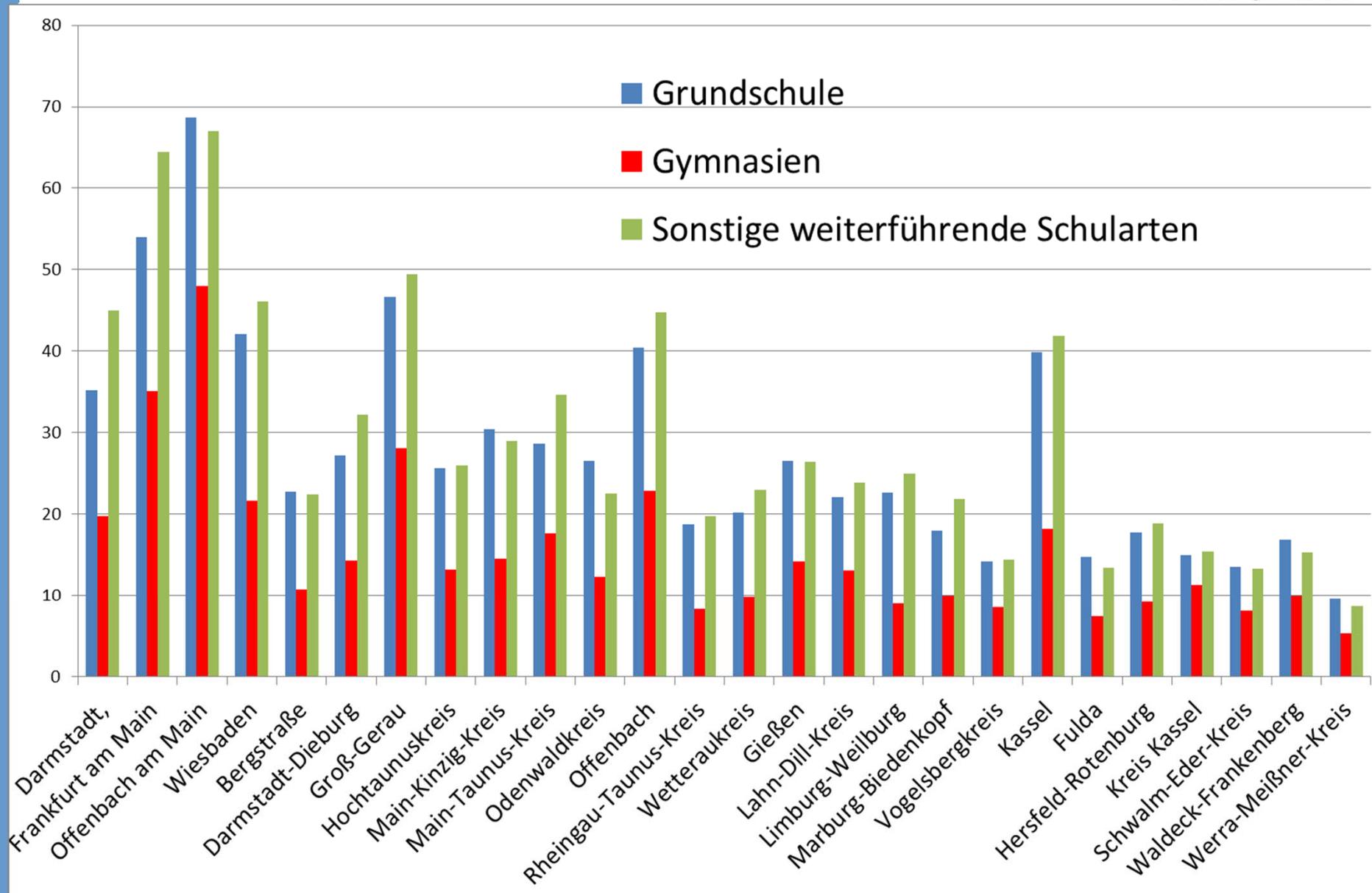
Quelle: Bevölkerungsvorausschätzung der Hessen Agentur.

Zu- bzw. Abnahme
der Bevölkerung
2030 gegenüber
2013 in den
kreisfreien Städten
und Landkreisen
Hessens

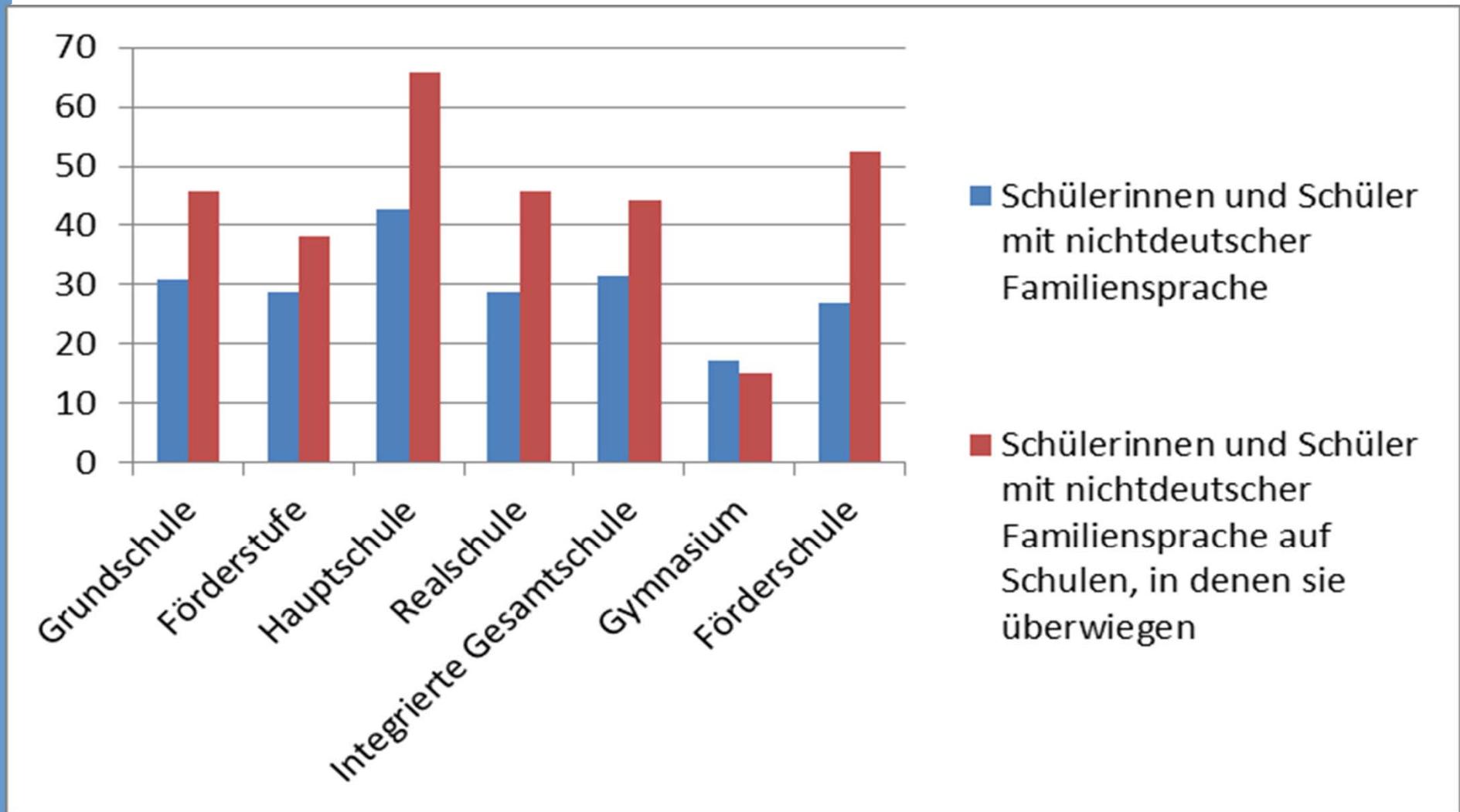
Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund i. e. S. nach Altersgruppen in Hessen 2005 bis 2012 (Mikrozensus)



Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache nach Schularten und Kreisen in Hessen 2015/16



Anteil der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Familiensprache nach Schulart im Schuljahr 2015/16 in Hessen und Anteil unter ihnen, die Schulen mit mehr als 50% Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache besuchen



Ergebnisse



- Relativ starker Schülerzahlenrückgang in Nordhessen, Schülerzahlenzuwachs in der Rhein-Main-Region. Rückläufige Schülerzahlenentwicklung in den nächsten Jahren vor allem bei ländlichen Berufsschulen zu erwarten. Deren Erhalt ist besonders gefährdet und sie müssen besonders im Blick der Schulpolitik sein:
- Maßnahmen der Kooperation von beruflichen Schulen und allgemeinbildenden Schulen sind in den ländlichen Regionen zu fördern, um schon frühzeitig schwierige Berufseinmündungsprozesse zu begleiten und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu finden (s. auch: Bertelsmann Stiftung 2012, 2013).
- Die Ressourcen zur berufsvorbereitenden Förderung müssen erheblich erhöht werden (garantierte sonder- und sozialpädagogische Betreuung)

Folgerungen für die Schulstandortsicherung



- Notwendig ist ein verändertes Konzept der Fachklassenbildung zur Sicherstellung des Berufsschulunterrichts am Ausbildungsort (oder ersatzweise Wohnort) und Reduzierung überregionaler Fachklassen (z. B. über **Fachklassen auf Berufsgruppenebene** (zunächst Zusammenfassung der Schüler benachbarter Schulen, dann auf Regions- und Bezirksebene, bevor Landesfachklassen gebildet werden) (Decker, Grimmer, Weis 1984) oder **Mischklassenbeschulung** (Laag, Müller 2010)).
- Die strukturpolitischen Möglichkeiten des Schulberufssystems (Berufliche Vollzeitschulen) sollten in Verbindung mit den lokalen Arbeitgebern ausgelotet werden.

Folgerungen für die Schulstandortsicherung



- Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien bieten mit ihren Fachrichtungen (Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit, Gestaltung, Sozialwesen und Sozialpädagogik) fachliche Profilierungen für den Hochschulzugang, die den regionalen Qualifikationserfordernissen entgegenkommen. Zugleich eröffnen sie den Hochschulzugang auch Kindern sozialer Gruppen, die den fachlichen Schwerpunkten des Gymnasiums distanziert gegenüberstehen.

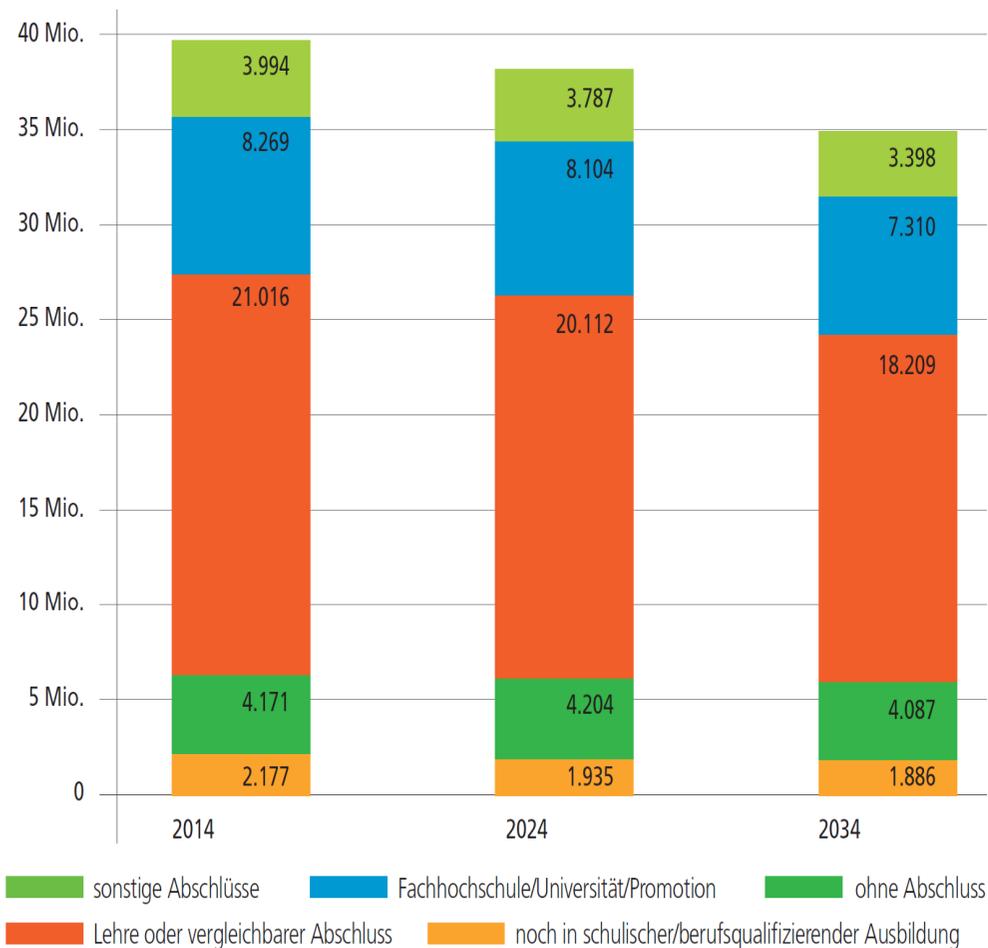
Ergebnisse



- .
- Hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in den Großstädten Hessens. In den Großstädten Konzentration der Kinder mit Migrationshintergrund und in Armut in einzelnen Stadtteilen und Schulen.
- **Schulen in schwieriger Lage sind keine Randerscheinung des hessischen Schulwesens.**

Demografie und Arbeitsmarkt

Abbildung 2: Entwicklung der Erwerbstätigen 2014 bis 2034 nach Qualifikationsniveau bei konstanten altersspezifischen Erwerbsquoten von 2014 (Erwerbstätige mit und ohne Migrationsstatus) in Millionen (Mikrozensus 2014 und 13. Bevölkerungsfortschreibung, 2. Variante)



Quelle: eigene Berechnung

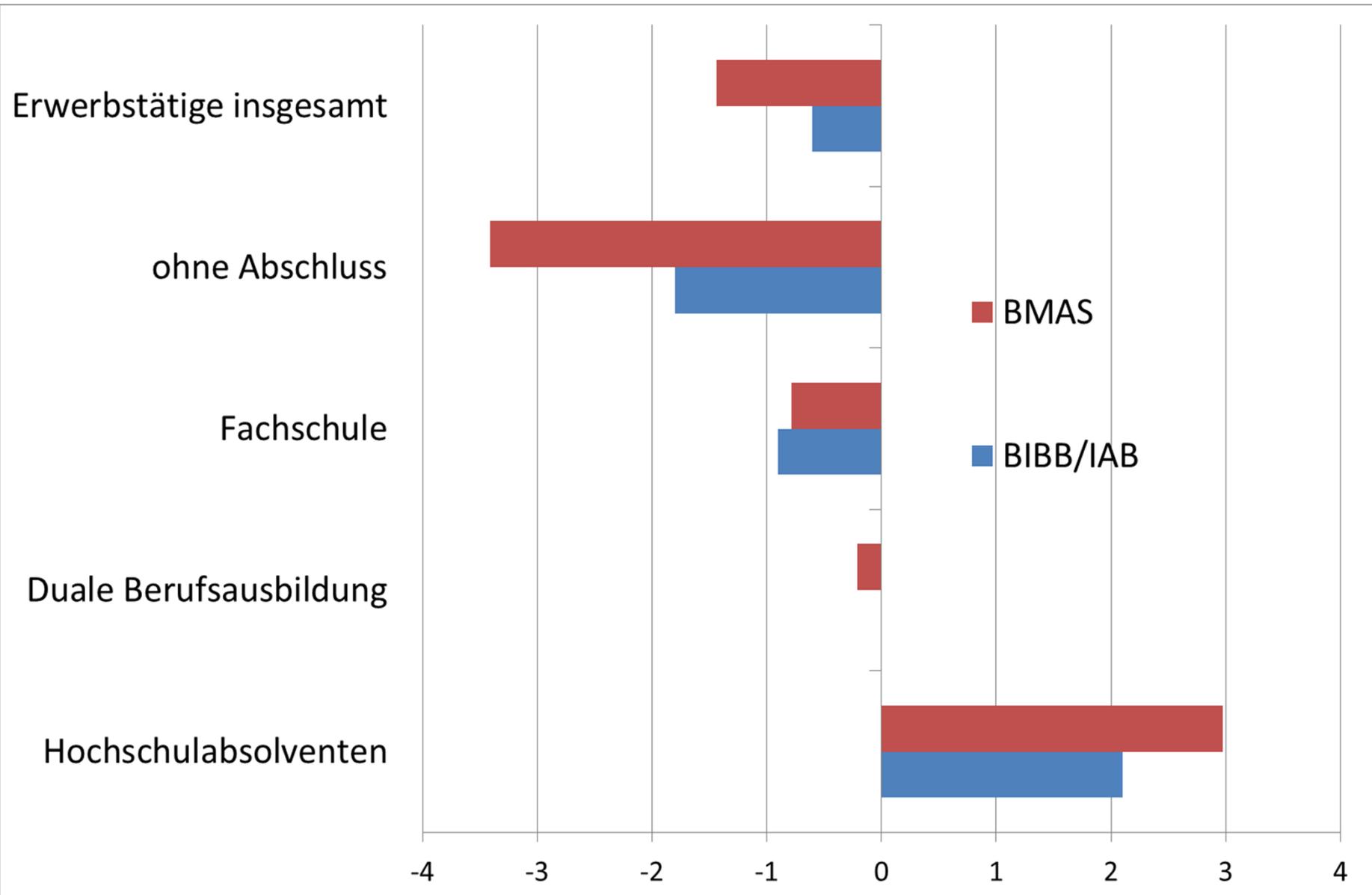
- Die geburtenstarken Jahrgänge verlassen in den kommenden 20 Jahren den Arbeitsmarkt und werden durch geburtenschwache Jahrgänge ersetzt. Durch die demografische Entwicklung wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2035 um
- 5 Millionen zurückgehen, darunter 1 Mio. Akademiker (ceteribus paribus).
- Unter der 20jährigen Bevölkerung haben ein Drittel einen Migrationshintergrund.
- Der Bildungsstand auch der jüngeren Migranten ist deutlich schlechter als der Nichtmigranten: ein Drittel hat keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarfs 2010 – 2030 (in Mio.)



DIPF

Bildungsforschung
und Bildungsinformation



Langfristige Folgen der demografischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt

- Arbeitsmarktprognosen sagen übereinstimmend einen steigenden Qualifikationsbedarf bei den Erwerbstätigen voraus. Gleichzeitig prognostizieren sie einen langfristigen Überhang an Unqualifizierten von 1,2 bis 1,4 Millionen, die bei sinkendem Arbeitskräfteangebot wegen fehlender Qualifizierung nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können und die Sozialsysteme belasten, obwohl Vollbeschäftigung möglich wäre.
- Mit dem unzureichenden Ausbau der beruflichen Weiterbildung und einer fehlenden Qualifizierungsoffensive für sozial benachteiligte Kinder trägt die Schulpolitik zentral die Verantwortung für zu erwartende Friktionen am Arbeitsmarkt. Sie behindert nicht nur Bildungschancen, sondern sie gefährdet auch die wirtschaftliche Zukunft der Gesellschaft.

Das Problem der Chancengerechtigkeit: veränderte Schulfinanzierung



Ansatzpunkte für bedarfsabhängige Mittelzuweisungen

- Zusätzliche Erzieher-/Lehrerstellen oder sonstiges pädagogisches Personal,
- Mittel für Sprachförderung,
- Mittel für Ganztagsschulangebote,
- Mittel für Sozialarbeiter, pädagogische Zusatzkräfte,
- Mittel für die inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (der mit der sozialen Lage der Schulen variiert).
- Mittel für Kooperationen mit außerschulischen Akteuren (Berlin)

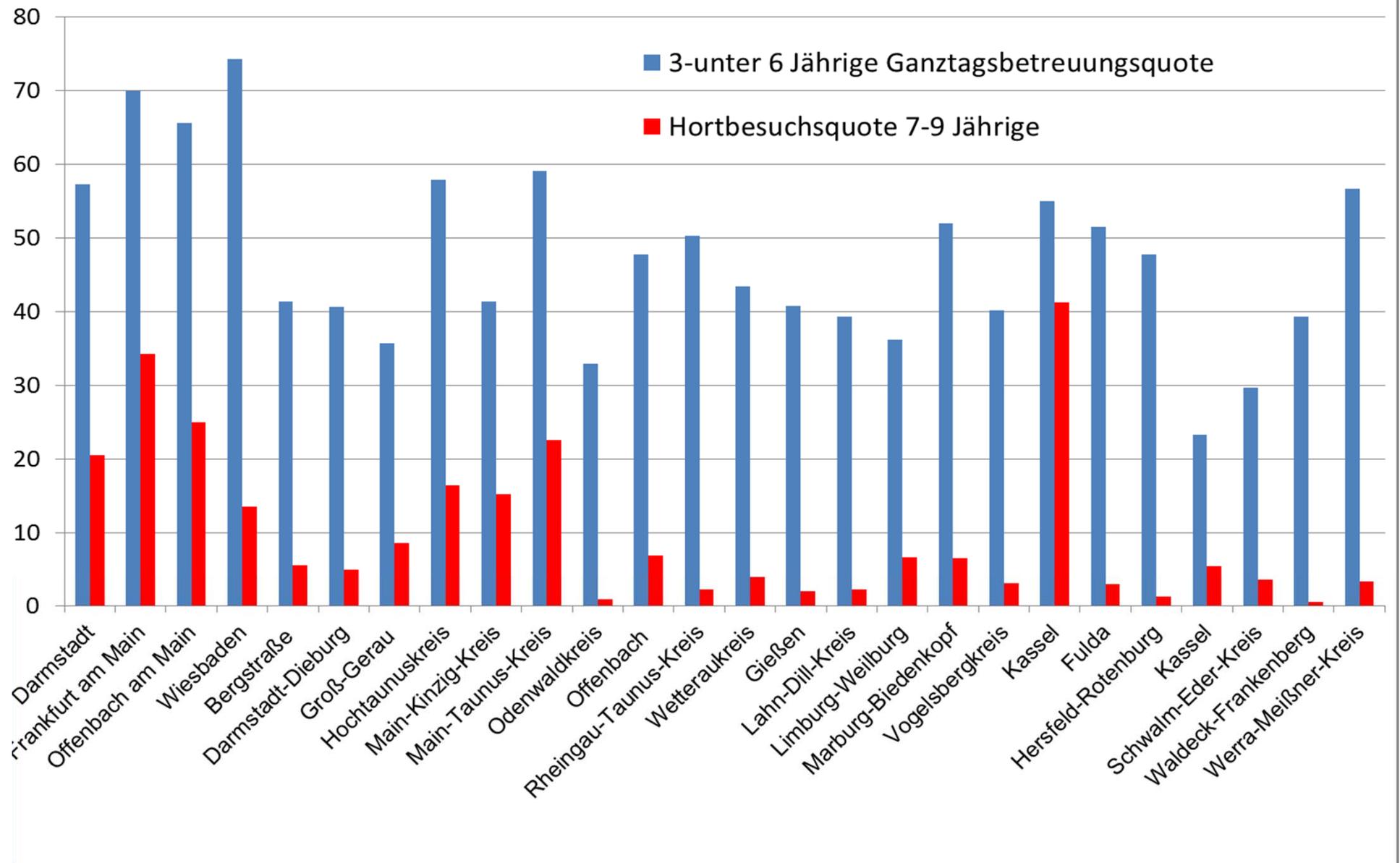
Dieser Mittelbedarf entsteht durch die doppelte Schulträgerschaft bei den Ländern und Kommunen.

Verwaltung des Bestehenden oder Finanzierung des Notwendigen?



Durch den Ausbau von Ganztagschulen, die Einstellung von Schul-Sozialarbeitern, Personal für Hausaufgabenbetreuung etc. tragen die Städte und Gemeinden maßgeblich zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler bei. Durch die Finanzierungsbedingungen der kommunalen Haushalte sind diese stark von der ökonomischen Leistungskraft und den Lebensstandard der Bevölkerung einer Kommune abhängig. Damit ergibt sich für viele Kommunen mit sozialen Problemen das Dilemma, mit vergleichsweise geringen kommunalen Mitteln ausgestattet zu sein. Diese strukturelle Problematik wird alle Bestrebungen von Kommunen, eine chancengerechte Schulausstattung einzelner Schulen zu fördern limitieren.

Unterschiede zwischen der Ganztagsförderungsquote von Kindergarten- und Grundschulkindern in den hessischen Kreisen (nicht berücksichtigt sind die sechs gebundenen GTS) 2016



Zusammenfassende Überlegungen



Die großen regionalen Unterschiede der demografischen Entwicklung führen auch zu regional unterschiedlichen Herausforderungen

1. Ländliche Regionen mit schrumpfender Bevölkerung: Maßnahmen zur Sicherung der Bildungsinfrastruktur, verbesserte Chancen für Junge, in der Herkunftsregion Beschäftigung zu finden, daran angepasste Bildungsangebote notwendig (Bedeutung der beruflichen Schulen!).
2. Großstädte mit mehr Beschäftigten (am Arbeitsort) als Erwerbstätigen (am Wohnort): Ersatz an qualifizierten Arbeitskräften wird erschwert, Verstärkung der Bildungsförderung von Migranten, Ganztagsangebote, um die Bedingungen für Frauenerwerbstätigkeit zu verbessern, Umfangreiche Bildungsprogramme für Unqualifizierte, um ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Regionale Unterschiede in den Herausforderungen

- 3. Altindustrialisierte Großstädte: große soziale Probleme, geringe Finanzkraft, die behindert, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen, Gefahr zunehmender Rückständigkeit und sozialer Probleme. Es fehlt ein angemessener kommunaler Finanzausgleich.
- Die Konflikte zwischen Regionen mit unterschiedlichen Problemkonstellationen durch den demografischen Wandel werden zunehmen. Politische Handlungsstrategien müssen die unterschiedlichen Problemlagen berücksichtigen. Die Zusammenhänge zwischen Bildung und Arbeitsmarkt müssen stärker beachtet werden.

4. Das Datenangebot

Für die Realisierung eines daten- und indikatorengestützten Monitorings benötigen die Kommunen ein vielschichtiges Datenmaterial:

- - für alle Bildungsbereiche (selbst wenn sie dafür politisch nicht verantwortlich sind), um die Bildungsmöglichkeiten der Bürger umfassend erfassen zu können,
- - möglichst für jede einzelne Bildungseinrichtung der Kommune,
- - auch für non-formale und informelle Bildungsmöglichkeiten,
- - möglichst kleinräumige ergänzende Daten zu den ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in der Kommune.

Welche Daten sind prinzipiell verfügbar?

1. Amtliche Bildungsstatistik über regelmäßige Vollerhebungen.
Für alle Bildungsbereiche außer der Weiterbildung (nur lückenhafte Daten) liegen jährliche relativ umfassende statistische Daten vor.
Die Erhebung dieser Daten ist Aufgabe der einzelnen Einrichtung.
Deshalb liegen alle Daten prinzipiell für jede Einrichtung vor.
2. Daten der amtlichen Statistik zur Bevölkerung, ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen etc. in möglichst kleinräumiger Differenzierung (z. B. Grundschulbezirke)

Welche Daten sind verfügbar?

3. Die Ergebnisse sonstiger bildungsrelevanten (regelmäßigen) Erhebungen: Schuleingangsuntersuchung, Lernstandserhebungen, Sprachstandserhebungen, Schulinspektionen, Schüler- und Lehrerbedarfsvorauschätzungen
4. Statistiken privater Bildungsträger, Statistische Informationen über bildungsrelevante Sachverhalte im Rahmen anderer Erhebungen.

Prinzipiell sollten die Daten regelmäßig (jährlich) bereitstehen, weil nur dann eine Dauerbeobachtung von Entwicklungen möglich ist.

Gelegentlich bietet es sich aber auch an, nicht laufend verfügbare Informationen zu berücksichtigen (z. B. Daten der Volkszählung).

Datenzugang der Kommunen

Rechtliche Grundlagen

Im **Vorschul-, Berufsbildungs- und Hochschulbereich** bestehen bundesweite gesetzliche Regelungen für statistische Erhebungen.

Im **Schulbereich** unterschiedliche Landesbestimmungen. Für die Bundesstatistik im Schulbereich gibt es als rechtliche Grundlage nur ein Schreiben der KMK von 1950.

Zum **Weiterbildungsbereich** gibt es nur in wenigen Ländern eine amtliche Weiterbildungsstatistik, wenn die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit ausgeklammert bleiben. Erfasst werden nur Teilbereiche der Weiterbildung.

Datenzugang der Kommunen

Sind die Kommunen selbst die datenerhebende Stelle, dann haben sie auch den Zugang zu den Daten.

Wie erhalten die Kommunen wichtige Daten, die sie nicht selbst erheben?

Die Datenverfügbarkeit ist abhängig von einer statistischen Infrastruktur in den Gemeinden: Großstädte haben im Regelfall Statistische Ämter die Landkreisen meist fehlen.

Von den Verwaltungsaufgaben getrennte Statistikstellen sind zentral für den Datenzugang zu externen Daten.

Bildungsbereiche mit bundesstatistischer Rechtsgrundlage



Grundsätzlich wird

1. in Bundesgesetzen die Zielsetzung der Statistik beschrieben,
2. die erhobenen Merkmale werden detailliert benannt,
3. die Auskunftspflicht geregelt,
4. die Erhebungszyklen festgelegt
5. die Verarbeitung und Weitergabe der Daten geregelt. Dabei werden implizit die Belange des Datenschutzes berücksichtigt.

Neben dem Elementarbereich gilt dies für die berufliche Bildung und den Hochschulbereich. Für die Schulstatistik und die Weitergabe anderer Daten der Kultusministerien gibt es keine vergleichbaren rechtlichen Regelungen auf Landesebene.

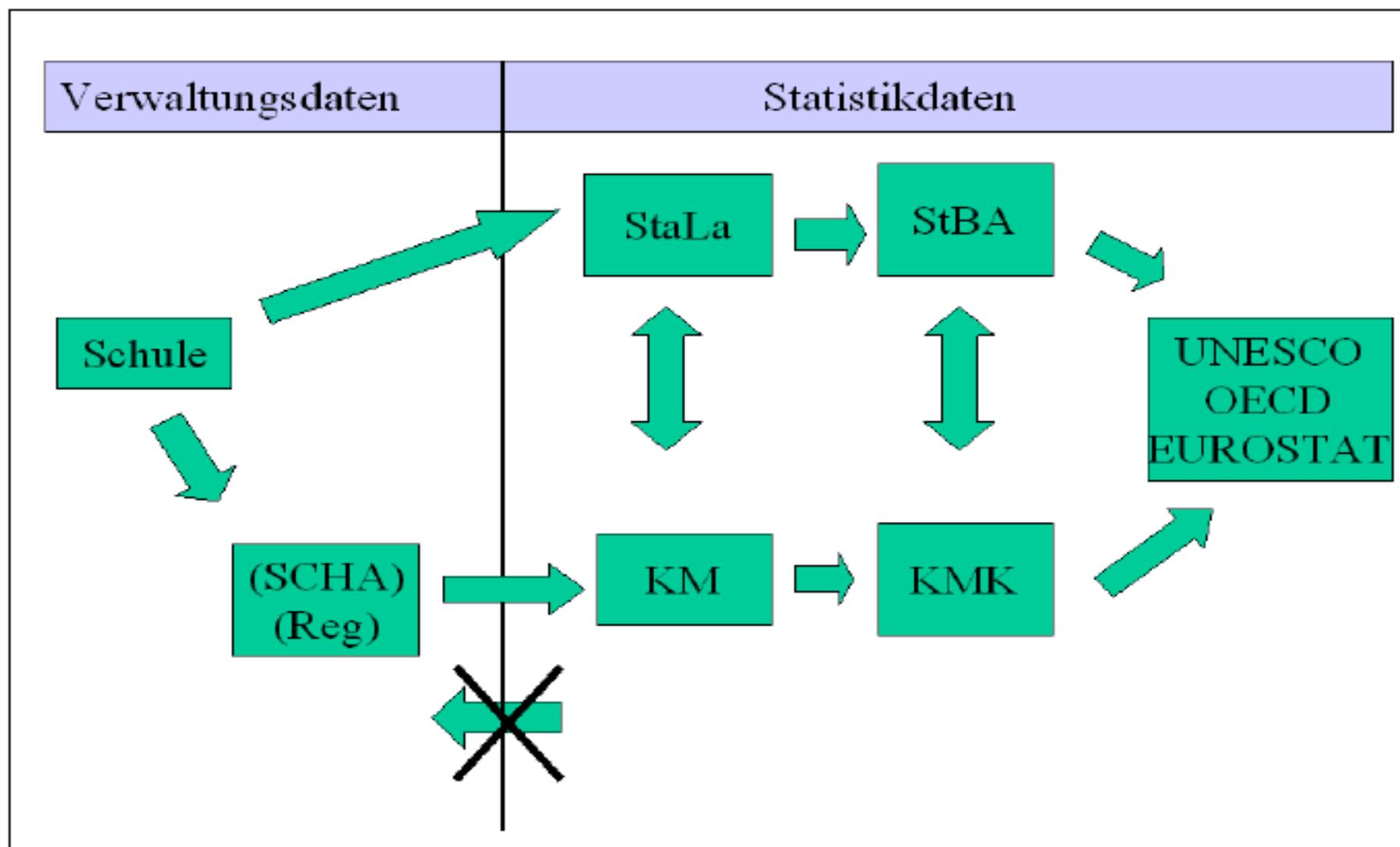
Schulstatistik

- Die Zuständigkeit für die Schulstatistik fällt in den Kompetenzbereich der Kultusministerien der Länder. Die Schulstatistik ist eine Geschäftsstatistik der Kultusministerien der Länder, die von ihnen geführt wird.
- Die statistische Aufbereitung dieser Daten kann mit Zustimmung der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde ganz oder teilweise dem Statistischen Landesamt übertragen werden. Das Statistische Landesamt ist mit Einwilligung der zuständigen obersten Landesbehörde berechtigt, aus aufbereiteten Daten der Geschäftsstatistiken statistische Ergebnisse für allgemeine Zwecke darzustellen und zu veröffentlichen.

Schulstatistik

- Die Ergebnisse der Schulstatistik werden in den Ländern häufig über
 - A) Berichte des Statistischen Landesamtes
 - B) Veröffentlichungen des Kultusministeriums
- bekannt gemacht.
- Die Inhalte weichen häufig voneinander ab. Es empfiehlt sich die Sichtung beider Veröffentlichungen, um zu sehen, welche Daten in den Ländern aufbereitet vorliegen.
- Anstaltsbefragungen zum 15.10. jedes Jahres.
- Die Erhebungsprogramme unterscheiden sich zwischen den Ländern. Es gibt ein (nicht in allen Ländern bisher umgesetztes) „Minimalprogramm“ bundeseinheitlich vorliegender statistischer Daten zum Schulwesen.

Abbildung 1: Schema der wichtigsten Datenströme in der Schulstatistik



Abkürzungen: SchA: Schulamt, Reg: Regierungsbezirk (beides in Klammern, da nicht in den Statistischen Prozess involviert), StaLA: Statistisches Landesamt, KM: Kultusministerium; StBA: Statistisches Bundesamt; KMK: Kultusministerkonferenz; UNESCO: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation), OECD: Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), EUROSTAT: Statistisches Amt der Europäischen Union.

- Auch auf Bundesebene gibt es neben den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts (Fachserie 11. Allgemeinbildende Schulen, Berufliche Schulen) Statistische Veröffentlichungen der KMK. Teilweise sind es Parallelveröffentlichungen (z. B. zur sonderpädagogischen Förderung) oder ergänzende Statistiken, die im „Minimalprogramm“ nicht enthalten sind (z. B. zu den Kursbelegungen in der gymnasialen Oberstufe, zur Ganztagschule, Bedarfsvorausschätzungen). Den Hintergrund bilden Absprachen zwischen Statistischem Bundesamt und KMK, wer welche Daten für internationale Statistiken zur Verfügung stellt.

Schulbereich

- Neben der Amtlichen Schulstatistik gibt es weitere im Rahmen der Geschäftsstatistik erhobene Daten (z. B. zum Übergangsverfahren auf weiterführende Schulen, zur Kurswahl in der gymnasialen Oberstufe, zum Religionsunterricht, zur Lernmittelfreiheit)
- Angaben zu den Schulen enthalten auch die jährlich gesondert erscheinenden Schulverzeichnisse
- Prinzipiell verfügbar (aber meist nicht zugänglich) sind auch die Ergebnisse von Schülerwettbewerben und der Lernstandserhebungen.

- Wegen der besonderen Rechtslage ist auch der Zugang der Kommunen zu den schulstatistischen Erhebungen der Kultusministerien nicht eindeutig rechtlich geregelt, wenn sie z. B. Einzeldaten über Schulen wünschen.
- Diese Situation verschärft sich noch, wenn die Datenwünsche sich auf als sensibel angesehene Daten beziehen:
 - - Sprachstandserhebungen
 - - Ergebnisse von Schulinspektionen
 - - Ergebnisse von Leistungswettbewerben an Schulen (Mathematikolympiade etc.)
 - - Lernstandserhebungen

Abschließende Überlegungen zur Datensituation

- Zu berücksichtigen ist stets, dass Bildungsstatistiken die Teilnehmer nach der besuchten Einrichtung erfassen und damit nicht unbedingt am Wohnort.
- Die Bildungsstatistiken geben nur wenig Auskunft über die soziale Lage der Bildungsteilnehmer, obwohl zwischen sozialer Lage und Bildungsbeteiligung ein enger Zusammenhang besteht. Das Ausländermerkmal und der Migrationsstatus sind zunehmend weniger geeignete Hilfsindikatoren.
- Die rechtlichen Regelungen für den Datenzugang der Kommunen zu den Daten der Schulstatistik und sonstige Erhebungen im Schulbereich ist sehr unbefriedigend und verlangt nach einer Änderung.

Kontakt



Prof. i. R. Dr. Horst Weishaupt

Ehemaliger Leiter der Arbeitseinheit "Steuerung und Finanzierung des Bildungswesens"

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung

Schloßstr. 29

60486 Frankfurt am Main

weishaupt@dipf.de